



Die Privilegien der Nationalbanker sind legendär und veranlassen immer wieder zu Phantasien, was sein könnte.

# Sparkonten für alle Bürger bei der Nationalbank!

**Wirtschaftsprüfer Manfred Biegler macht sich Gedanken über die Sicherheit der Spareinlagen der Bürger. Ersparnisse sollen direkt bei der ÖNB angelegt werden dürfen.**

Die Privilegien der Nationalbanker auf Kosten des Steuerzahlers sind legendär. In regelmäßigen Abständen listet der Rechnungshof die paradisi-schen Zustände für die 1200 aktiven Mitarbeiter und die rund 1300 Pensionisten auf, von denen Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft bloß träumen können. Dabei würde sich der Staatsbürger bereits mit dem Unterhalt seiner Spareinlagen bei der ÖNB zufrieden geben.

## Kein Bargeld mehr

Eine wesentliche Enteignungs- und Entmündigungsstrategie des Finanzsektors gegenüber dem Bankkunden wird aktuell an medialen Überlegungen des umstrittenen Harvard-Ökonomen Kenneth Rogoff gemessen. In einer Reihe von Vorträgen und öffentlichkeitswirksamen Beiträgen wird der Idee einer Bargeldabschaffung das Wort geredet. Ohne Umschweife führt Rogoff die leichtere Umsetzbarkeit von Negativzinsen und die angeblich wirksamere Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Wirtschaftskriminalität und Drogen-geschäften ins Treffen. Angesichts der in Wirtschaftsstraf-fällen gern eingesetzten Treu-hand- und Vorleistungsmodelle ist Letzteres freilich eine Täuschung der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Zusammenhänge.

Weder für kriminelle Finanz-eliten noch für notorische Abga-benhinterzieher bietet ein bargeldloses System eine Aktivitäts-beschränkung. In den Maschen eines derartigen Digitalnetzes würden sich lediglich kleinere Abgabedelikte fangen bzw. nachweisbar sein, während die vorgeblich anvisierte Zielgruppe praktisch ungehindert weiter-

operieren würde. Damit verbleibt als einziger Grund der Bargeldabschaffung die direkte Vermögensentziehung durch Negativzinsen. Nicht ohne Grund standen 2014 im Rahmen einer Marktstudie 82 Prozent der Befragten einem Übergang zu einer „cash-less society“ ablehnend gegenüber.

## Geld bei Geschäftsbanken?

In einer konzentrierteren Betrachtung ist das Unterhalten von Spareinlagen durch Anleger bei – vielfach verlustträchtigen – Geschäftsbanken in der derzeitigen Form nicht akzeptabel. In den letzten Jahren wurde aber der Bogen durch einen mitunter unsanften Druck zum Einsatz von elektronischem Geld für den Bankkunden überspannt. Warum soll sich der Gläubiger einer Bank das Unterhalten von Sicht-, Spar- und sonstigen Einlagen bei einer Geschäftsbank aufzwingen lassen, wenn diese Einlagen außerhalb der gesetzlichen Einlagensicherung nicht nur kaum verzinst und risikobehaftet sind, sondern nicht einmal den Ansprüchen an ein gesetzliches Zahlungsmittel genügen? Es ist auszuschließen, dass ein Staatsbürger – so er nicht ständig besachswaltet wird – einem derartigen Vertragspartner dauerhaft seine Ersparnisse überlassen wird.

## Zugang zu ÖNB-Geld

Ein anderes Modell, welches dem bisherigen Gläubiger von Geschäftsbanken eine Beseitigung dieses unbefriedigenden Zustandes erlaubt, wird dabei erst gar nicht andiskutiert: nämlich der direkte Zugang des einzelnen Staatsbürgers zu Zentralbankgeld. Im Gegensatz zu Einlagen bei Geschäftsbanken, die nur Ansprüche auf Notenbankgeld vermitteln, würden Sicht-einlagen bei der Österreichischen Nationalbank unmittelbares Notenbankgeld für den Staatsbürger darstellen. Der Wechsel zu einem System mit allgemein zugänglichen Nationalbankeinlagen würde den beschriebenen unerquicklichen Zustand schlagartig beenden – Vertrauenskrisen blieben auf den

Sektor der Geschäftsbanken be-schränkt (so nicht die National-bank in struktureller Verantwortungslosigkeit eine risikoreiche Rückschleusung bzw. Einlagen-verwendung in Richtung der Geschäftsbanken bzw. der EZB vornimmt und somit zur eigenen Destabilisierung beiträgt).

## Systemliberalisierung

Warum ein derartiger Liberalisierungsschritt bislang von den politischen Parteien nicht zur Diskussion gestellt wird, ja nicht einmal Initiativen in diese Richtung erkennbar sind, bleibt angesichts des aktuellen Hypo-U-Ausschusses, des notleidenden Volksbankensektors und der Verlustgeschäfte der Erste Bank, der RBI usw. wenig einsichtig.

Wirtschaftlich wäre ein derartiger Systemwechsel sicherlich vertretbar. Warum sollten sich die derzeitigen Clearingsysteme der Geschäftsbanken bei der Nationalbank nicht auch für Privatpersonen öffnen können? In einem Zwischenschritt wäre durchaus denkbar, dass die Geschäftsbanken für ihre Kunden Konten bei der ÖNB führen und in deren Auftrag Zahlungen über die Clearingsysteme abgewickelt wird. Nicht nur Vertrauenskrisen in Geschäftsbanken würden auf diese Weise vermieden, sondern auch der längst fällige Markt-bereinigungsprozess würde beschleunigt. Schlecht geführte Geschäftsbanken würden keine Liquidität von Privatkunden mehr erhalten, sondern müssten sich diese zu marktgerechten Bedingungen beschaffen.

Die Abschaffung von Bargeld verfehlt demgegenüber nicht nur die behaupteten Ziele, sondern würde, zur Etablierung neuer Tauschmittel führen, da sich zahlreiche Verbraucherkreise gar nicht in dieses System einbetten ließen.



DR. MANFRED BIEGLER  
Partner 7 TC  
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.